

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 07/2017
25. Oktober 2017

Clemens Murr als Vorsitzender der BG Bereitschaftspolizei bestätigt

Die Delegierten der GdP-Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei haben am Dienstag ihren Bezirksgruppentag in Nabburg unter dem Motto „wir.machen.mehr.“ abgehalten und ihren bisherigen



Vorsitzenden Clemens Murr, nebenbei auch im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Bereitschaftspolizei verantwortlich, einstimmig im Amt bestätigt. Nach Abhaltung des internen Teils des BG-Tags mit Neuwahlen und Abstimmung über verschiedene Leitenträge u.a. zu den Themen Ausbildung, Beamtenrecht, Einsatz und Tarif konnten in einem offiziellen Festakt am Nachmittag die Spitzen aus den Polizeibehörden und der Politik begrüßt werden.

Der mit einem eindrucksvollen Ergebnis wiedergewählte Clemens Murr bedankte sich zunächst für sein Stimmresultat, um dann neben der Begrüßung der Ehrengäste die Aufgaben und Leistungen der Bereitschaftspolizei seit ihrem Bestehen aufzuzeigen. Schon das gewählte Motto mache das drastische Anwachsen der Aufgaben und Herausforderungen deutlich. Die BG Bereitschaftspolizei habe daher im Dialog mit dem Bayerischen Innenministerium und der Behördenspitze der Bayerischen Bereitschaftspolizei immer wieder dazu beigetragen, dass anstehende Probleme zur Zufriedenstellung (fast) aller gelöst werden konnten. Murr wies aber auch auf die personellen Engpässe in vielen Einsatzzügen und den mit 1,4 Mio. immens hohen Überstundenberg hin und forderte von der Politik und Behördenspitze langfristige Unterstützung ein.



In den Grußworten von behördlicher Seite gingen Thomas Hampel, Inspekteur der Bayerischen Polizei, und Polizeipräsident Wolfgang Sommer auf die Vielzahl neuer Herausforderungen und die immer weiter ansteigende Veranstaltungszahl

ein, die von den Einsatzkräften der Bepo zu bewältigen seien. Beide strichen aber auch die enorm wichtigen Aufgaben Einstellung, Ausbildung und Fortbildung heraus, die allesamt von der Bereitschaftspolizei gestemmt würden. Aufgrund des hohen

Fortbildungsaufwands für die Einsatzeinheiten werde man aber die Verweildauer in der Einsatzstufe auf 24 Monate anheben müssen.

Auch der GdP-Landesvorsitzende Peter Schall ging in seinem Grußwort auf die wichtige Bedeutung der Bereitschaftspolizei ein. So seien die Neueinstellungen jeden März und September für die GdP von hoher Bedeutung für die Mitgliederrekrutierung, aber auch dafür, die neuen GdP-Mitglieder für Ehrenämter innerhalb der GdP Bayern zu begeistern. Dies sei, so Schall, ohne die bedeutende Arbeit der BG Bepo nicht möglich und insofern nehme sie auch einen besonderen Stellenwert innerhalb der GdP Bayern ein. Nur „Gemeinsam sind wir stark“, so Schall.

Die Vertreter der Oppositionsparteien aus dem Bayerischen Landtag lobten zunächst durchwegs die Arbeit der Bayerischen Bereitschaftspolizei und würdigten das gewählte Motto des BG-Tags. Die MdL Katharina Schulze (Grüne), Franz Schindler (SPD) und Hubert Aiwanger (Freie Wähler) waren sich einig darin, dass dem Bereich Innere Sicherheit angesichts der Bedrohung durch den Terror mehr denn je höchste Bedeutung beigemessen werden müsse und erkannten da auch die Bemühungen der Staatsregierung an, einen möglichst hohen Stand in Personal- und Sachausstattung zu erreichen. MdL Aiwanger thematisierte die aktuelle Problematik in Sachen Arbeitszeit und forderte das Innenministerium dazu auf, den Doppelschlag und die 12-Stunden-Nachtschicht beizubehalten, wenn die Mehrheit



der Polizeibeamten dies so wünschen. Grüne und SPD sind sich nach wie vor darin einig, die Polizei individuell z.B. mit Nummern

Clemens Murr als Vorsitzender der BG Bereitschaftspolizei bestätigt

zu kennzeichnen, was selbstredend auf wenig Zustimmung im Auditorium stieß.

In seiner Festrede stellte der Vorsitzende des Innenausschusses, Dr. Florian Herrmann, ebenso die hervorragende Zusammenarbeit mit der GdP BG Bereitschaftspolizei und der GdP ganz allgemein heraus. Er betonte den regelmäßigen Austausch der CSU-Fraktion mit dem GdP-Landesvorstand: zwar könne die Regierungsfraktion nicht jeden Wunsch der GdP 1:1 erfüllen, es würden aber keine



Maßnahmen ergriffen oder Beschlüsse gefasst, ohne vorher die GdP dazu gehört zu haben. Die individuelle Kennzeichnungspflicht lehnte Dr. Herrmann unter großem Applaus der Zuhörer vehement ab, einer unabhängigen Kontrollstelle der Polizei erteilte er unter Hinweis auf die Erledigung dieser Aufgabe durch die Staatsanwaltschaft eine klare Absage.

Bleibt der Bereitschaftspolizei und ihrer GdP-Bezirksgruppe nur zu wünschen, dass die Aufgaben und die Einsätze entgegen ihrem Motto irgendwann „WENIGER“ werden. MWi

Parlamentarischer Abend der Freien Wähler-Fraktion im Bayerischen Landtag:

Entlastung oder Belastung? – Reform des polizeilichen Schicht- und Wechseldienstes in Bayern



Unter diesem Motto lud am Freitag, 20.10.2017, um 18.00 Uhr, die Fraktion der Freien Wähler zu ihrem Parlamentarischen Abend in den Bayerischen Landtag. Nach kurzer Einführung und Eröffnung des Abends durch MdL Bernhard Pohl führte Dr. Bernd Bürger aus wissenschaftlicher Sicht mit seinem Vortrag „Arbeitszeitmodelle für den Streifendienst der

Polizei – Impulse zur Zukunftsfähigkeit des Schichtdienstes bei der Polizei“ in die Thematik ein. Es ging um die drei Risiken des Schichtdienstes – Sicherheit, Gesundheit und Soziale Teilhabe und denkbare Lösungsmöglichkeiten. Sein Resümee lautete: „Ziel muss es daher sein, die Expositionszeit jedes einzelnen Schichtdienstleistenden, insbesondere zu gesundheitlich besonders schädigenden Zeiten und sozial nutzbaren Zeiten zu reduzieren und die Kumulation von Risikofaktoren strikt zu vermeiden. In der Gesamtschau kann also festgestellt werden, dass erst ab einer wöchentlichen Arbeitszeit von etwa 35 Stunden oder weniger Schichtpläne erstellt werden können, die der schichtdienstimmanenten Belastung selbst gerecht werden können.“ Sprich: Einführung einer 35-Stunden-Woche für Schichtdienstleistende - eine unserer Forderungen aus dem GdP-Landesdelegierten-



Parlamentarischer Abend der Freien Wähler-Fraktion im Bayerischen Landtag

tag 2015. Nach diesem spannenden Vortrag ging es in die Podiumsdiskussionsrunde über. Für uns auf dem Podium saß unser Landesvorsitzender Peter Schall. Die Runde wurde komplettiert durch zwei Vertreter von Polizeidienststellen, die an der Pilotierung teilgenommen haben (PORin Elisabeth Lindner, PI Flughafen; PHK Harald Bernt, PI 26 (Ismaning) sowie PD Stefan Weis, Leiter der bayernweiten Arbeitsgruppe Arbeitszeitmodelle (AG AZM) als Vertreter des Bayer. Staatsministerium des Innern, für

Bau und Verkehr.

PORin Lindner und PHK Harald Bernt schilderten ihre Pilotierungsphase und die Gründe dafür, dass es zum Abbruch (PI 26) kam, aber auch warum die PI Flughafen ihr Modell weiterbehält. PD Stefan Weis warb in seinem Statement darum, dass jede Dienststelle ihr individuelles Modell unter den geltenden Richtlinien gestalten kann. Fazit des Abends: eine Einführung der neuen Arbeitszeitmodelle wird personalneutral schier unmöglich sein.

2. Grüner Polizeikongress im Landtag

Die Landtagsfraktion der Grünen hat sich zum zweiten Mal ausführlich dem Thema Polizei gewidmet und am 14.10. ihren 2. Polizeikongress im Senatssaal des Bayerischen Landtags durchgeführt. Unter dem Motto „Unsere Polizei: Bürgernah, Digital und Europäisch“ lud die innenpolitische Sprecherin der Grünen, MdL Katharina Schulze Expertinnen und Experten aus der Praxis dazu ein, über die aktuellen Herausforderungen der Polizei zu sprechen. Insofern war selbstverständlich auch die GdP Bayern ein gefragter Gesprächspartner und mit unserem Landesvorsitzenden Peter Schall und der stv. Landesjugendvorsitzenden Jennifer Oberhäuser selbst an den Podiumsdiskussionen beteiligt. In ersten Statements trugen die Grünen mit MdL Schulze, MdB Irene Mihalic, selbst ursprünglich Polizistin, und MdEP Jan Philipp Albrecht ihre innen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen vor: bessere personelle und technische Ausstattung, effektiverer Schutz der Polizisten vor Gewalt, aber auch die Ablehnung von anlassloser Datenspeicherung und die Einführung der individuellen Nummernkennzeichnung für die bayerischen Polizeibeamten. Hier gab es naturgemäß noch keinen Konsens mit den vielfach anwesenden Kolleginnen und Kollegen und auch nicht mit der GdP, die diese strikt ablehnt.

In einer spannenden Diskussion über eine verbesserte Bürgernähe der Polizei verteidigte GdP-Landesvorsitzender Schall die Philosophie der Bayerischen Polizei gegen stellenweise Vorwürfe der polizeilichen Willkür durch die Podiumsteilnehmer. Er beklagte u.a., dass durch Einzelversagen leider die Gesamtorganisation „Bayerische Polizei“ in ein schlechtes Licht gerückt würde und wehrte sich vehement gegen den Vorwurf rechter Strukturen in der Polizei. Sehr einig war man sich darin, dass die Sprache und die Tonwahl der Kolleginnen und Kollegen ein wichtiges Kriterium für die Wahrnehmung der Polizei ist und daher Kommunikationstraining in der Ausbildung eine gewichtige Rolle spielt. Nach Diskussionen über europäische Sicherheitspolitik und eine

ausgeweitete Polizeizusammenarbeit, über Cybercrime und den Schutz vor Gewalt gegen Polizei rundete eine abschließende Podiumsdiskussion mit der GdP-Landesjugendvertreterin Oberhäuser, MdB Mihalic und Thomas Hampel, dem Inspekteur der Bayerischen Polizei ab. Hierin fasste man zusammen, dass



die Polizei in den oben im Motto genannten Adjektiven noch Luft nach oben habe. Die digitalen Herausforderungen, die am Vormittag durch Petra Sandles, PVP des Bayer. LKA dargelegt wurden, sind immens. Es bedürfe einer noch besseren und gezielteren Bekämpfung durch Spezialisten, die die Bayer. Polizei rekrutieren und für sich gewinnen müsse. Die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene läuft nicht so schnell wie die kriminellen Bedrohungen, die nicht an der nächsten Grenze Halt machen. Und in Sachen Bürgernähe sieht LV Schall die Polizei gut gerüstet: In Anbetracht der unzählig vielen Vorgänge mit extrem wenig Beschwerden eine Bestätigung der guten Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in der Bayerischen Polizei, was sich auch seit Jahren in Meinungsumfragen mit 85-95 % positiven Ansehens widerspiegelt. MWi



Führungsspitze der GdP bei MdL Tobias Reiß

Tobias Reiß (CSU) ist seit etwa einem halben Jahr der Vorsitzende des Ausschusses für den öffentlichen Dienst im Bayerischen Landtag und damit auch für alle beamtenrechtlichen Angelegenheiten zuständig. Er trat die Nachfolge von Ingrid Heckner an. Für die GdP Anlass sich einmal zu "beschnuppern". Der Landesvorsitzende Peter Schall und sein Vertreter, Thomas Bentele, hatten aber auch gleich ein Paar Anliegen im Gepäck. Allen voran die prekäre Personalsituation. Trotz aller anerkannter Bemühungen kann man mittlerweile auch an den Gesichtern der Politiker das Bewusstsein ablesen, dass es auf



die Schnelle keine merkbaren Verbesserungen bei der Personalausstattung der Bayerischen Polizei geben wird bzw. die Stellenmehrungen nicht reichen werden, den ebenfalls wachsenden Bedarf zu decken. So ist es unserer Ansicht nach notwendig, bereits jetzt über eine Verlängerung der zusätzlichen Einstellungen aus dem Paket „Sicherheit durch Stärke“ nachzudenken. Dies wären also nochmals vier mal 500 Beam-

tinnen und Beamte, die bis 2025 zusätzlich eingestellt würden. Mit den dann wieder sinkenden Pensionierungen könnte man dann wieder auf ein einigermaßen erträgliches Niveau kommen. Die Kolleginnen und Kollegen hätten es verdient, wenn die Politik wenigstens die Absicht erklären würde, dass diese Zustände sich auch irgendwann wieder ändern werden. Dann würde es vielleicht auch leichter fallen, diese Durststrecke irgendwie durchzustehen. In diesem Zusammenhang wiesen wir wiederholt auf die Ausbringung von zusätzlichen Tarifstellen hin. Auch wenn aufgrund eines gefassten Haushaltsbeschlusses noch immer Stellen einzuziehen sind, so müsse man doch auf Änderun-

gen der tatsächlichen Rahmenbedingungen reagieren können. Zusätzliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten nach kurzer Einarbeitungszeit hier eine hilfreiche Unterstützung zur Überwältigung dieser Durststrecke sein.

Ein weiteres wichtiges Thema sind die 450 Nachtdienststunden, die für die Anerkennung „ähnlich belastender Dienste“ im Kalenderjahr erreicht werden müssen. Hier schlugen wir vor, bei Erreichen der Hälfte der Stunden, diese ins nächste Jahr zu übertragen, damit sie nicht restlos verfallen. Alternativ sollte es reichen, wenn die 450 Stunden im Laufe eines beliebigen Jahreszeitraums erreicht werden, um das Jahr angerechnet zu bekommen. Im Hinblick auf die noch immer laufende Arbeitszeitdiskussion Schichtdienst, stellten wir unsere Positionen dar und verwiesen auf die gemeinsame Willenserklärung mit der DPoIG. Auch verwiesen wir auf die Arbeitszeitkampagne des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft (VBW), die eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten – insbesondere eine Ausweitung der im Arbeitszeitgesetz festgeschriebenen Höchstarbeitszeiten fordern würde. Abschließend gingen wir noch durch eine Reihe von Themen mit Nachbesserungsbedarf. Bei der Bereitschaftspolizei müssten noch zwei Abteilungsleiter nach A 16 gehoben werden, um das Hebungsprogramm in diesem Bereich abschließen zu können. Zudem muss die hohe und noch weiter steigende Zahl von Beamten in Ausbildung mit dem gleichen Personalbestand im Arbeitnehmerbereich sowie mit den vorhandenen Verwaltungsbeamten bearbeitet werden, hier ist unbedingt eine personelle Verstärkung notwendig. So ist es z.B. für eine Küche ein Unterschied, ob 600 oder über 1.000 Mahlzeiten zubereitet werden müssen.

Last but not least baten wir darum, die Höhe der Erschwerniszulage für unsere Polizeibergführer anzupassen. Die Männer und Frauen arbeiten u. a. in Situationen, in denen die Bergwacht wegen drohender Gefahren schon längst das Handtuch geschmissen hat. Eine Zulage von derzeit knapp über 40,- EUR halten wir daher nicht für angemessen. Im Rahmen wäre eine Erhöhung auf bis zu 150 EUR, wie es der Bund getan hat. Eine Einführung weiterer Zulagen sieht MdL Reiß kritisch, denn Ziel der Dienstrechtsreform war es ja gerade, das Zulagensystem zu vereinfachen und auf wenige Tatbestände zu beschränken. TBe

Urteil: Kein Schadensersatz wegen Nichtbeförderung

Im Zusammenhang mit der früheren Altersgrenze 43. Lebensjahr für die Beförderung zum PHM+Z gab es diverse Anfragen wegen eines möglichen Schadensersatzes wegen entgangener Beförderung gerade von den Kollegen/-innen, die kurz vor dieser Altersgrenze standen, als diese kippte und die sich nun statt in A 9+Z plötzlich in einer Warteschlange von 3.300 Wartenden fanden. Aufgrund obergerichtlicher Rechtsprechung (u.a. OLG Frankfurt) lehnte die GdP entsprechende Klagen ab, da ein sog. Sekundär-Rechtsschutz nicht in Anspruch genommen werden kann, wenn der Primär-Rechtsschutz nicht geltend gemacht wurde. Spätestens mit Inkrafttreten des AGG hätte man die Altersgrenze 43 rechtlich angreifen können, so die Gerichte. Nur im Falle des Obsiegens hätte dann ggf. ein Schadensersatz wegen

rechtswidriger Nichtbeförderung geltend gemacht werden können. Diese Rechtsauffassung wurde jetzt vom OLG Nürnberg bestätigt, nachdem die

Erstinstanz zunächst einer klagenden Kollegin Recht gegeben hatte. Diese hatte über 10.000 € eingefordert, da das Ministerium an der Altersgrenze 43 über Jahre festgehalten und damit die Beförderung der Klägerin verhindert hatte. Aufgrund der eindeutigen Rechtslage, so das OLG, wurde eine Revision nicht zugelassen, das ablehnende Urteil ist damit rechtskräftig. (PSch)



Würzburg: Bayerns größte PI und GdP spenden 2.500 €

Ein voller Erfolg war der erste Tag der Offenen Tür im neuen Dienstgebäude der PI Würzburg-Stadt. 9.000 Besucher inspizierten den modernen Bau mit historischer Kulisse. Von der Tiefgarage und den Zellen im Tiefgeschoss über den Polizeihof und den Vorplatz bis in den 4. Stock herrschte den ganzen Tag großer Andrang.

Die GdP hatte sich gerne bereit erklärt, die rund 150 eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen und mit einem großen Einsatzteam den Essens- sowie Getränkeverkauf über-

Übrigens: Die Spendenaktion „Leon“ läuft weiter. Leon, der schwerstbehinderte Sohn unserer Kollegin Micha Morcher ist blind, taub und stumm und leidet überdies noch an epileptischen



Anfällen. Für den dringenden Umbau des Hauses und weitere Hilfen, um Leon und seinen Eltern wenigstens ein Mindestmaß an Lebensqualität und Mobilität zu ermöglichen fehlen nach Abzug aller eigenen Ersparnisse noch mindestens 60.000 Euro. Wer spenden möchte kann das bar an den unterfränkischen Personalrat übergeben oder auf folgendes Spendenkonto (geht ohne Abzüge direkt an Micha Morcher) überweisen: Behindertenhilfe Landkreis Miltenberg, Kennwort „Leon“, IBAN: DE 67 7965 0000 0430 0045 15

nommen. Vorm Würstelstand bis zu den leckeren Crepes-Angeboten zeigten lange Schlangen, dass unsere fleißigen GdP'ler den Geschmack der Besucher und Kollegen getroffen hatten. Und auch Alexander Baschek am dichtbelagerten GdP-Stand mit „Polizeisouvenirs“ meldete am Nachmittag „ausverkauft“.

Das Beste zum Schluss:

PI Leiter, LPD Walter Ehmann, Holger Zimmermann und Christian Schulz von der GdP freuten sich, gemeinsam den Reinerlös von 2.500 € für die Spendenaktion „Leon“ der unterfränkischen Polizei an unsere Aschaffener Kollegin Michaela Morcher übergeben zu können. Michaela war mit Mann und Sohn Leon extra nach Würzburg gekommen. Nachdem ihr auch noch der Studienjahrgang 2019a aus Sulzbach-Rosenberg, vertreten durch Fabian Stenger, im Beisein des Schirmherrn Polizeipräsident Gerhard Kallert einen Scheck über 500 Euro überreicht hatte, konnte sie am Nachmittag freudestrahlend mit insgesamt 3.000 Euro für die Spendenaktion wieder die Heimreise antreten.



Malchow: Bluttat zeigt Gefährlichkeit der Reichsbürger-Bewegung

Die GdP begrüßt das am Montag ergangene Urteil gegen einen sogenannten Reichsbürger, der im vergangenen Jahr einen Polizisten im mittelfränkischen Georgensgmünd getötet hat. „Das blutige Ereignis zeigt die Gefährlichkeit dieser Bewegung“, sagte der GdP-Bundsvorsitzende Oliver Malchow am Montag in Berlin.

Die sogenannten Reichsbürger, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland, deren Verfassung und ihre staatlichen Organe mit obskuren historischen Begründungen ablehnten, seien zu einer konkreten Gefahr herangewachsen. „Die Tat in Bayern und die deutlich gestiegene Zahl der „Reichsbürger“ zeigt, dass an der Spirale der Gewalt in erschreckendem Maße weiter gedreht wird und diese Personen keinerlei Respekt vor Polizistinnen und Polizisten haben“, betonte der GdP-Chef. Er forderte die Justiz auf, weiterhin diese Straftaten mit aller Konsequenz zu verfolgen und die Täter hart zu bestrafen.

Alte bayerische Polizeiuniform ganz neu und für guten Zweck

Pressemitteilung 381/2017 des StMI vom 19.10.2017

Wer schon immer der Bayerischen Polizei 'an die Wäsche' und dabei auch etwas Gutes tun wollte, kommt jetzt voll auf seine Kosten: Ab heute startet im Online-Shop www.110-shop.de der 'Barmherzigen Brüder gemeinnützige Behindertenhilfe' (BBBH) der Verkauf kreativer Produkte aus ausrangierten Uniformteilen der alten grünen Uniform der Bayerischen Polizei. "Die Produktlinie umfasst derzeit 16 verschiedene Alltagsgegenstände, die auf ihren zweiten Einsatz warten", erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. "Freuen Sie sich auf exklusive Sporttaschen, Rucksäcke, Decken und andere einzigartige Produkte mit witzigen und individuellen Details für Jung und Alt."

Wie Herrmann erläuterte, werden alle Produkte mit viel Liebe zum Detail und großer Sorgfalt von der BBBH an den Standorten in Straubing, Algasing, Gremsdorf und Reichenbach gefertigt: "Es handelt sich in jedem Fall um handgemachte Einzelstücke mit einer ganz individuellen Geschichte: Unsere Polizistinnen und Polizisten haben ihre grüne Polizeiuniform bei Wind und Wetter beispielsweise bei Verkehrsunfällen, Großeinsätzen und Festnahmen getragen." Die Diplom-Industriedesignerin Birgit Strasser aus Deggendorf entwickelte die Produktlinie nach Herrmanns Worten "mit viel Kreativität und Begeisterung".

"Menschen mit Behinderung haben durch die Verwertung unserer alten Uniformen nicht nur eine sinnvolle und kreative Beschäftigung", erklärte Herrmann weiter. Die Wiederverwertung der Uni-

form sei auch ökologisch sinnvoll und schone Rohstoffressourcen. "Zudem kommt ein Teil des Erlöses auch der Bayerischen Polizeistiftung zugute", so der Innenminister. Damit helfe die alte Polizeiuniform indirekt Polizistinnen und Polizisten sowie deren Familien, die im Dienst zu Schaden gekommen sind.

Laut Herrmann hat die Auslieferung der neuen blauen Uniform für die Bayerische Polizei im Dezember 2016 begonnen. Bis Mitte 2018 sollen Zug um Zug alle rund 27.500 uniformierten Polizistinnen und Polizisten mit der neuen Uniform ausgestattet sein. Voraussichtlich weit mehr als 600.000 Artikel der alten Uniformkollektion werden damit nicht mehr benötigt. **"Da kam uns die hervorragende Idee der Bezirksgruppe 'Niederbayern' der Gewerkschaft der Polizei gerade recht, unsere alten Textilien völlig unbürokratisch der Behindertenhilfe der Barmherzigen Brüder für einen guten Zweck zu spenden", betonte Herrmann.** Die Kooperation mit der BBBH biete Gewähr dafür, dass kein Missbrauch der Uniform stattfindet. Unter anderem werden die Hoheitsabzeichen entfernt und fachgerecht entsorgt. Bislang haben bayerische Polizistinnen und Polizisten nach Herrmanns Worten bereits rund 60 Tonnen Kleidungsstücke an die BBBH gespendet, ständig kommen neue Lieferungen dazu. "Von Hosen, Hemden, Anoraks bis hin zu Dienstmützen und Einsatzanzügen ist alles dabei", machte Herrmann abschließend deutlich.



Gewerkschaft der Polizei
Kreisgruppe Unterallgäu-Memmingen

powered by:
 Raiffeisenbank
Schwaben Mitte eG



Beginn: 20:00 Uhr
Einlass: 19:00 Uhr
Eintritt: 13 Euro

KARTENVORKAUF:
Stadtinformation Memmingen

Polizei- & Bürgerball

Matthias Witt Band

& Kelvin Kalvus

28. Oktober 2017
Stadthalle Memmingen

  

WELLNESS FÜR GdP-MITGLIEDER!



Einen Tag Urlaub machen und die Seele baumeln lassen – mit unserem neuen Partner, **Kristall trimini**, in Kochel am See, ist das für GdP-Mitglieder zu **Sonderkonditionen** möglich. Dich erwarten mehrere Thermalbecken mit bis zu 12% Sole, eine großzügige Saunalandschaft, Dampfbad und Osmanischer Hamam, Poolbar und Restaurants, Rooftop- und Infinity-Pool, täglich 19 Spezial-Aufgüsse u. a. mit Bio-Essenzen sowie erholsame Wellness- und Kosmetik-Anwendungen! Und das alles sogar textilfrei. Zutritt ab 16 Jahre. Familientage jeden Mittwoch und Sonntag = Baden mit und ohne Bekleidung (außer das 12%-Solebecken). **Einfach Deinen GdP-Ausweis vorlegen und für Dich und eine Begleitperson 20% Nachlass auf den ausgewählten Badetarif erhalten!**



Weitere Infos unter: **0 89 – 57 83 88 22**